



Ideen statt Ideologien

LHG Düsseldorf/Offene Liste

Programm zu den Wahlen 2006

Mit der Wahl 2005 haben wir die Zahl unserer Sitze im Studierendenparlament verdreifacht. Dort betreiben wir eine sachorientierte und konstruktive Oppositionsarbeit. Wir verwenden unsere Energie nicht auf politische Schlammschlachten. Wir wollen eine vernünftige Politik im AStA und im Studierendenparlament sowie den Gremien etablieren. Wir kämpfen aufs Entschiedenste dafür, die Studienbedingungen zu verbessern, hierzu arbeiten wir ohne ideologische Scheuklappen mit jedem zusammen, der sich ebenfalls für die Rechte der Studenten einsetzt. In diesem Jahr treten wir erstmals eigenständig für den Senat sowie 2 Fakultätsräte an. Auch dort werden wir uns aktiv einbringen – mit Ideen statt mit Ideologien!

Service-AStA statt Bevormundung

Der AStA soll sich im Wesentlichen auf die Hochschulpolitik im weitesten Sinne beschränken. Er kann Dich nur in den Bereichen vertreten, in denen Du betroffen bist, weil du studierst. Für uns stehen die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Belange der Studierenden im Vordergrund.

Keine Studiengebühren zum Stopfen von Haushaltslöchern!

Für uns ist es unerträglich, wenn zum Stopfen von Haushaltslöchern des Landes Nordrhein-Westfalen die Studierenden zur Kasse gebeten werden. Durch die bei Einführung der Studiengebühren sinkenden Studierendenzahlen werden den Unis Mittel entzogen. Auch sind die Studiengebühren bürokratisch und unsozial. Wir halten dies für einen katastrophalen Schnellschuss mit negativen sozialen und volkswirtschaftlichen Auswirkungen. So lange Studenten auf dem Gang eine Vorlesung verfolgen müssen, weil im Hörsaal kein Platz mehr ist, kann man keine Zwangsbeiträge dafür verlangen! Studiengebühren müssen komplett nachgelagert und sozialverträglich sein und zu einer deutlichen Qualitätsverbesserung des Studiums führen. So lange hierfür kein schlüssiges Konzept vorliegt, lehnt die LHG Düsseldorf jede Form der Studiengebühren ab und wird sich aktiv für die Rechte der Studierenden einsetzen!

Keine weiteren Semesterbeitragserhöhungen!

Der AStA-Semesterbeitrag in Düsseldorf ist unserer Auffassung nach zu hoch. Statt Geld für Anzeigen in linken Zeitungen auszugeben, sollte der AStA sich besser um die Belange der Studierenden kümmern. Du musst den Beitrag zahlen, ob Du willst oder nicht. Daher hast Du aber auch den Anspruch, dass Dein Geld maßvoll, effizient und transparent eingesetzt und nicht zweckentfremdet wird. Die Mittel müssen im Sinne der Studierendenschaft verwendet werden. Um weiterhin die Leistungen finanzieren zu können, die das Campusleben attraktiv und lebendig gestalten, müssen wir den Haushalt laufend auf unnötige Ausgaben hin untersuchen.

Die Arbeit des AStA sollte dahingehend geprüft werden, ob sich Bereiche nicht besser koordinieren lassen. Transparenz und Studierendennähe kann sich auch in der Organisation wieder finden: der AStA und das Studierendenparlament sollten vermehrt studentische Projekte fördern und für solche Förderungen werben. Im Gegenzug kann in der AStA-Organisation gespart werden. Interessante und erfolgreiche Projekte können selbstverständlich auch ohne die AStA-Referate laufen. Nur so können in Zukunft die wichtigen Leistungen des AStA ohne unsoziale Beitragserhöhungen für alle Studierenden verbessert werden!

Stärkung der bestehenden Universitäten statt Elite-Unis

Wir wollen keine staatlich bevorzugten Elite-Universitäten, sondern mehr Geld für alle Hochschulen. Erst allen Universitäten die Mittel kürzen und dann bestimmte Prestigeprojekte zu fördern ist in höchstem Maße inkonsequent und ungerecht!

Neuen Studiengängen eine Chance geben

Neuen Studiengängen, beispielsweise den BA-Studiengängen, müssen alle Chancen eingeräumt werden, ein Erfolg zu werden. Dazu gehört eine angemessene Ausstattung der Studiengänge, damit Inhalte und Methodik von Anfang an voll eingesetzt werden können. Die bloße Übernahme von angelsächsischen Namen wird nicht genügen, einen moderneren Studiengang mit mehr Internationalität, mehr Praxisbezug und kürzeren Studienzeiten zu schaffen. Angesichts von 2500 unterschiedlichen BA/MA-Modellen weltweit muss auch die internationale Vergleichbarkeit erst noch gesichert werden. Alle staatsdirigistischen Maßnahmen wie die prozentuale Deckelung der Masterstudienplätze lehnen wir ab.

Wirkliche Hochschulfreiheit statt schöner Gesetzesnamen

Die Entscheidung über Personal- und Sachmittel muss die Universität selbst treffen dürfen. Voraussetzung dafür ist, dass die Hochschulen keine Empfänger von Almosen des Staates sind, sondern ausreichend hohe Globalzuweisungen erhalten, über die sie selbst verfügen können. Auch verordnete Hochschulfusionen sind für uns der falsche Weg. Die Universitäten sollen eigenständig entscheiden, ob und mit wem sie Kooperationen eingehen wollen. Die Beteiligten vor Ort können darüber besser und kompetenter entscheiden als eine zentrale und anonyme Ministerialbürokratie. Dabei muss endlich eine angemessene Mitbestimmung durch Studierende eingeführt werden: Die Autonomie der Hochschulen darf nicht eine Autonomie der Professorinnen und Professoren bedeuten. Das so genannte „Hochschulfreiheitsgesetz“ der Landesregierung sehen wir nicht als einen Schritt in die richtige Richtung, da es der Mehrzahl unserer oben genannten Ziele entgegensteht und zudem eklatante handwerkliche Fehler enthält.

Für ein NRW-weites Semesterticket

Wir setzen uns für ein NRW-weites Semesterticket ein. Mobilität ist die Voraussetzung für Wahlfreiheit zwischen den Universitäten. Chancengerechtigkeit kann nicht verwirklicht werden, wenn nur Studierende mit genug Geld für eine eigene Wohnung sich Ihre Hochschule frei aussuchen können.

Mehr Vielfalt beim Essen

An anderen Universitäten gibt es zahlreiche kulinarische Angebote von verschiedenen Gastronomen zu bezahlbaren Preisen. So kostet eine frisch zubereitete Pizza beim Italiener an der Uni Bochum nur 2 Euro, erheblich weniger als die staatlich subventionierte Tiefkühlpizza in der Düsseldorfer Mensa. Wir fordern daher, private Gastronomen auf dem Campus anzusiedeln. Dies sorgt für Qualität, kulinarische Vielfalt und günstigere Preise durch mehr Wettbewerb.

Evaluation umsetzen

Die bisherige Besoldung der verbeamteten Professoren ist starr und hat keinerlei Leistungsanreize geboten. Die Beurteilung der Lehre durch die Studierenden soll zukünftig über einen Teil der Professorengehälter bestimmen. Die gesetzlichen Grundlagen sind vorhanden, sie müssen bloß umgesetzt werden. Zumindest bei Neuberufungen sollen die neuen Möglichkeiten der Bezahlung genutzt werden.

Mehr Geld für die Fachschaften

Durch Kostensteigerungen in den vergangenen Jahren und die zu erwartenden höheren Ausgaben auch in den kommenden Jahren, z.B. durch die geplante Mehrwertsteuererhöhung sowie die gestiegene Inflationsrate, geraten die Fachschaften unter zunehmenden Kostendruck. Die bisherigen Selbstbewirtschaftungsmittel werden zukünftig nicht mehr ausreichen, um die wichtige Fachschaftsarbeit weiterhin in gewohntem Umfang durchführen zu können. Wir fordern daher eine Erhöhung der Umlagen für die Fachschaften im zweistelligen Prozent-Bereich.

Verantwortung übernehmen

Anders als in den vergangenen Jahren gehen wir in diesem Jahr ohne Koalitionsaussagen oder -ausschlüsse in die anstehenden Wahlen. Weder konservative noch linke Ideologien halten wir für gut. Für uns zählt eine gute Arbeit ohne ideologische Scheuklappen. Die LHG Düsseldorf/Offene Liste besteht aus mittlerweile fast 50 engagierten Studierenden, die bereit sind, Verantwortung zu übernehmen, für Studierendeninteressen und mehr Service zu arbeiten und frische Ideen einzubringen. Schenkt uns Euer Vertrauen für eine starke Vertretung der Mitte!

Habt Ihr weitere Fragen oder Anregungen? Wir sind gerne für Euch da:

mail: info@lhg-duesseldorf.de

phone: 02104-200272

web : www.lhg-duesseldorf.de